Aus der *Kreiszeitung Nordheide, Elbe & Geest:* „Nach Polizeiangaben sind zwei der aus Hamburg stammenden Männer mit Migrationshintergrund bewaffnet in die Bank gestürmt, haben dort die Angestellten bedroht und Bargeld erbeutet.“



Aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger*

Aus dem *Stormarner Tageblatt* über den Fall Edathy: „… alle betroffenen Mitarbeiter müssten nun Erklärungen abgeben, dass sie das Leck seien.“



Aus dem *Gäuboten*

Aus der *Westdeutschen Zeitung:* „Aber auch Menschen, die von ihren Besitzern abgegeben werden, weil sie nicht mehr in der Lage sind, diese zu halten, finden am Flünnertzdyk eine Anlaufstelle.“



Aus der *Eßlinger Zeitung*

Aus der *Märkischen Oderzeitung:* „Ein 51-jähriger Sommerfelder ist in der Nacht zum Mittwoch auf der B 167 von einem Laster überfahren worden. Er war sofort tot. Ob der Mann zuvor noch lebte, soll durch eine Obduktion geklärt werden.“



Schild vor einer Bäckerei in Hannover

Bildunterschrift aus der *Badischen Zeitung:* „Ein Ranger besprüht ein Krokodil mit Wasser, das 83 Menschen getötet haben soll.“

Aus der *Freizeitwoche:* „Die Schauspielerin ist sehr sportlich. Am Strand bei Johannesburg geht sie gerne surfen.“

Zitate

Die „taz“ zum SPIEGEL*-Bericht „Eine Bad Bank fürs Atom“ über Pläne der Energiekonzerne, die Kostenrisiken für den Abriss von Atomkraftwerken dem Staat zu übertragen (Nr. 20/2014):*

Die zuständigen Minister der norddeutschen Flächenländer lehnen den Vorstoß der drei großen Energiekonzerne, die Kosten für den Abriss stillgelegter Atomkraftwerke der öffentlichen Hand aufzubürden, ab. Während ihre Länderkollegen aus dem Süden der Republik dem Vorschlag durchaus offen gegenüberstehen, da ja mal ein Energiekonzern pleitegehen und sich so der Verantwortung für die Atomaltlasten entziehen könnte, zeigten Schleswig-Holsteins Energieminister Robert Habeck und der Umweltminister von Niedersachsen, Stefan Wenzel (beide Grüne), klare Kante. Die Minister reagieren damit auf einen Bericht des SPIEGEL, nach dem die Energiekonzerne Eon, RWE und EnBW gemeinsam mit dem Bund eine öffentlich-rechtliche Stiftung gründen wollen.

Der „Tagesspiegel“ zum selben Thema:

Das Thema scheint so vergiftet, dass sich zumindest niemand, der im politischen Berlin etwas zu entscheiden hat, am Montag lange daran festhalten wollte. Die Bundesregierung dementierte sogar einen SPIEGEL-Bericht, wonach sie mit den heimischen Kernkraftwerksbetreibern Eon, RWE und EnBW darüber verhandelt, ob und wie diese ihr Atomgeschäft in einen öffentlich-rechtlichen Fonds übertragen könnten … Was aus Sicht der Regierung also kein Thema sein soll, war am Montag gleichwohl eines der Regierungsparteien und vor allem der Opposition.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zum SPIEGEL*-Bericht „Die Luxus-Rentner“ über die Pensionen vieler Top-Manager (Nr. 15/2013):*

Der Aufstieg der Spitzeneinkommen hat sich in atemberaubendem Tempo vollzogen … Zu den wachsenden Gehältern kamen noch die ominösen Betriebsrenten. Bei diesem biederen Ausdruck denkt man an einen Fließbandarbeiter, der nach 45 Jahren eine erhöhte Betriebsrente von 200 Euro erhält. Man konnte lange schon vermuten, dass es ein solches System auch an der Spitze der Unternehmen gibt; dem SPIEGEL ist es dank seiner Recherchen gelungen, die Verhältnisse zu klären. Dieter Zetsche von Daimler-Benz erhält eine Betriebsrente von 39 Millionen Euro, Dutzende Manager bekommen 10 bis 30 Millionen.